

I. EINLEITUNG

1. WARUM ZEITGESCHICHTLICHE FORSCHUNG ZUM EMB?

Die Erkenntnis, dass die Globalisierungsprozesse der Märkte sowie die internationale Kapitalmobilität nationale wirtschaftliche und soziale Steuerungsmaßnahmen zunehmend erschweren, ist längst Allgemeingut geworden.¹ Standorttrivalitäten und Anpassungsdruck an internationale Kapitalinteressen drohen nationale Volkswirtschaften und Arbeitnehmer² in einen Wettbewerb zu zwingen, der zu einer Dumpingspirale bei Löhnen, Steuern und sozialen Sicherungssystemen führt und einen sukzessiven Verlust von Sozialstandards befürchten lässt.

Die Gewerkschaftsbewegung ist hierdurch vor eine existenzielle Bewährungsprobe gestellt. Sollen die Erfolge jahrzehntelanger Kämpfe – die zumindest in vielen westlichen Industrienationen eine gewisse Teilhabe der Arbeitnehmer an den Produktivitätsfortschritten gebracht haben – nicht rückgängig gemacht, sondern ausgebaut und auch auf weitere Länder ausgedehnt werden, muss die internationale Gewerkschaftsbewegung gemeinsame Antworten auf die Globalisierungsherausforderung finden. Hierzu bedarf es über den Nationalstaat hinausgehender politischer Durchsetzungsstrategien und einer Stärkung regulierender transnationaler Institutionen.³

- 1 Siehe die fast unübersehbare Zahl an Büchern – auch diversen Bestsellern –, die sich mit dem Problem der Globalisierung in verschiedener Hinsicht auseinandersetzen, wie etwa: Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald 1997 (13. Aufl.): Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek. Beck, Ulrich 1997: Was ist Globalisierung? Frankfurt a. M. Chomsky, Noam 2001 (6. Aufl.): Profit over People. Neoliberalismus und Globale Weltordnung, Hamburg, Wien. Forrester, Viviane 1997: Der Terror der Ökonomie. Wien. Hardt, Michael; Negri, Antonio 2000: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M., New York. Klein, Naomi 2001: No Logo. London. Ziegler, Jean 2003 (9. Aufl.): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München. Siehe für einen Überblick über die sozial- und politikwissenschaftlichen Globalisierungsdebatten u. a.: Platzer, Hans-Wolfgang; Müller, Torsten 2009: Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände. 1. Band, Berlin, S. 61 ff.
- 2 Für die bessere Lesbarkeit wird sprachlich in dieser Arbeit auf die Nennung beider Geschlechter verzichtet. Es sind sowohl weibliche, wie männliche Personen gemeint.
- 3 Besteht das „Globalisierungsdilemma“ doch darin, dass der Globalisierungsprozess zwar der demokratisch legitimierte Regulation bedarf, die etablierten Regelungsinstanzen der nationalen Wohlfahrtsstaaten jedoch gerade durch die Globalisierung selbst in ihren Möglichkeiten der Gestaltung untergraben werden. (Vgl.: Vobruba, Georg 2001: Integration + Erweiterung. Europa im Globalisierungsdilemma, Wien, S. 43.) Es muss also eine demokratisch legitimierte Regelungsebene, die über den Nationalstaat hinaus zu wirken vermag, die Gestaltungsmacht des Volkssouveräns absichern.

Das mit Abstand bedeutendste Projekt nationenübergreifender Politikgestaltung stellt seit nunmehr sechzig Jahren die Europäische Einigung dar. Zugleich finden sich in Europa viele der weltweit am weitesten entwickelten Industrienationen, deren Volkswirtschaften untereinander auf das Engste verbunden sind. Europa verfügt zudem im internationalen Vergleich über eine einzigartige Landschaft von qualitativ hervorragend ausgebildeten Sozialstaaten. Wenn es den Gewerkschaften gemeinsam mit jenen politischen Partnern, die ebenfalls für einen sozialen Ausgleich in der Gemeinschaft eintreten (neue soziale Bewegungen etc.), auf europäischer Ebene nicht gelingen sollte, nach Vollendung des Binnenmarktes auch einen europäischen Sozialraum durchzusetzen, dürfte es ihnen nirgendwo gelingen, die Globalisierung gemäß ihrer Ziele mitzugestalten. Nirgendwo sind die Ausgangsvoraussetzungen hierzu durch etablierte politische Leitungszentren, ein – wenn auch ungleich verteiltes⁴ – extrem hohes gesellschaftliches Wohlstandsniveau und die im kollektiven Bewusstsein der Menschen verankerte Idee eines „europäischen Sozialmodells“ besser als hier. Mag der Sozialstaat sich auch sehr unterschiedlich in den europäischen Ländern ausgeprägt haben – Gøsta Esping-Andersen kategorisiert diese etwa in seinem Modell der „Three Worlds of Welfare Capitalism“ entlang der *Regime-Typen* „liberal“, „konservativ“, „sozialdemokratisch“,⁵ Bernd Schulte entlang des „kontinentaleuropäischen Typs“, „angelsächsischen Typs“, „skandinavischen Typs“ und „südeuropäischen Typs“⁶ – so hat Hartmut Kaelble doch recht: „Europa ist die Bastion des modernen Wohlfahrtsstaates. Er entwickelte sich nirgends sonst so weit. Er erhielt von nirgends sonst so starke Impulse.“⁷ Nach Eberhard Eichenhofer findet der Sozialstaat nicht nur seine *Bastion* in Europa, er ist vielmehr überhaupt eine „Hervorbringung Europas“.⁸

4 Eine stark ungleiche Verteilung existiert dabei sowohl zwischen ganzen Ländern und Regionen wie auch zwischen den Menschen innerhalb der nationalen Gesellschaften in Europa.

5 Esping-Andersen, Gøsta 1998: Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona (Hrsg.) 1998: Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt a. M., New York, S. 19–56.

6 Schulte, Bernd 1998: Wohlfahrtsregime im Prozess der europäischen Integration. In: Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona (Hrsg.) 1998: Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt a. M., New York, S. 255–270.

7 Kaelble, Hartmut 1987: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980, München, S. 73. Für einen Kurzüberblick zur Geschichte des auf die Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken abzielenden europäischen Wohlfahrtsstaates siehe auch: Kaelble, Hartmut 2012: Geschichte des Wohlfahrtsstaates in Europa seit 1945. In: Sozialer Fortschritt. 61, Jg., Heft 5, 2012, S. 79–85.

8 Eichenhofer, Eberhard 2007: Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung, München, S. 36. Zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich den Modellen Esping-Andersens und Schultes nicht ohne weiteres zuordnen lassen, siehe etwa: Baum-Ceisig, Alexandra; Busch, Klaus; Hacker, Björn; Nospickel, Claudia 2008: Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und

„Europa“ kann einen wichtigen Regulationsbeitrag als Antwort auf die negativen Folgen der Globalisierung leisten und dem Wettlauf nach unten bei Löhnen und Sozialstandards begegnen.⁹ Dort, wo der Nationalstaat keine Regelungsmacht mehr besitzt, wo Kollektivverhandlungen von nationalen Gewerkschaften nicht mehr greifen, weil international aufgestellte Unternehmen Länder und nationale Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen können, eröffnet „Europa“ den Gewerkschaften neue Durchsetzungsperspektiven. Transnational für ein „soziales Europa“ zu streiten und dieses aktiv mitzugestalten, stellt somit eine zentrale Herausforderung für die Gewerkschaften dar.

Die aktuelle Dynamik der Europäischen Integration, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der auf die Refinanzierung der Staatsfinanzen durchschlagenden Krise des Finanzmarktkapitalismus,¹⁰ geht jedoch nicht in die Richtung eines „Euro-

Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden. Zum Gesamtzusammenhang der europäischen Wohlfahrtssysteme siehe u.a.: Kaelble, Hartmut; Schmidt, Günther (Hrsg.) 2004: Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, Berlin. Schubert, Klaus; Hegelich, Simon; Bazant, Ursula (Hrsg.) 2009: The Handbook of European Welfare Systems. London, New York./Dies. 2008: Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Wiesbaden. Kraus, Katrin; Geisen, Thomas (Hrsg.) 2001: Sozialstaat in Europa. Geschichte, Entwicklung, Perspektiven, Wiesbaden. Cousins, Mel 2005: European Welfare States. Comparative Perspectives, London u.a. Schmid, Josef 2010 (3. Aufl.): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistung und Probleme, Wiesbaden. Ritter, Gerhard A. 2010 (3. Aufl.): Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München.

- 9 Hier anders als etwa Fritz Scharpf, der der Auffassung ist, dass sich die Europäischen Staaten niemals auf soziale Mindeststandards einigen werden. (Scharpf, Fritz 2008: Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen. [Interview geführt durch Cornelia Girndt] in: Mitbestimmung. Nr. 7–8, 2008, S. 19.) Allerdings erschließt sich dieser Pessimismus nicht: Warum sollte es nicht möglich sein, dass die Mitgliedsländer sich in Europa z. B. auf vor Armut schützende Mindestlöhne sowie Mindeststandards in der Sozialleistungsquote gemäß ihrer Wirtschaftsleistung und ihres Pro-Kopf-Einkommens verpflichten? Die Versuche europäischer Staaten, Wettbewerbsvorteile durch Niedriglöhne und Sozialabbau zu erreichen, würden hierdurch erschwert. (Siehe Klaus Buschs „Korridor-Modell“ angepasster Sozialleistungsquoten: Busch, Klaus 2009: Die europäischen Perspektiven des Wohlfahrtsstaates. In: Brandt, Peter (Hrsg.): „Soziales Europa?“. Berlin, S. 115–141. Ders. 2011: Das Korridormodell – relaunched. Ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtsstaatlicher Politiken in der EU, Berlin.) Dass sich Länder durch Steuerdumping Wettbewerbsvorteile bei der Unternehmensansiedlung verschaffen, könnte man in Europa durch die Festlegung von Mindestsätzen bei der Unternehmensbesteuerung verhindern. (Siehe zur Kritik an Scharpf u. a. auch: Maaß, Gero: „Den schwierigen europäischen Gestaltungsauftrag annehmen.“ In: Mitbestimmung. Nr. 9, 2008, S. 55. Jacobi, Otto: „Fatale Ratschläge.“ In: Mitbestimmung. Nr. 9, 2008, S. 56.) Es wäre nur bei der Festlegung der Mindeststandards den Unterschieden in der Leistungsfähigkeit der Länder Rechnung zu tragen, damit auch wirtschaftlich schwächere Länder diesen zustimmen können.
- 10 Siehe zur Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus u. a.: Altvater, Elmar u. a. 2010: Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise, Hamburg.

pas der Arbeitnehmer“ oder eines „sozialen Europas“.¹¹ In den Gemeinschaftsländern mit Leistungsbilanzdefiziten – den sogenannten *Krisenländern* – werden die Arbeitnehmer mit Austeritätspolitiken konfrontiert, die das Gegenteil der von den Gewerkschaften geforderten Ausrichtung gesellschaftlicher Steuerung bedeuten.¹² Zugleich geht diese Politik nicht zuletzt auf den Druck der EU-Institutionen zurück. In den Organen der EU finden die Gewerkschaften offenbar derzeit nicht in dem Maße politische Partner, wie dieses notwendig wäre, um ihre Ziele zur Geltung zu bringen. Auch eine europäische Zivilgesellschaft im Sinne einer diskursiven, politischen Öffentlichkeit,¹³ welche realpolitische und ökonomische Eliten

- 11 In diesem Zusammenhang wurden in jüngerer Zeit vielfach auch die bereits vor der Finanzkrise ergangenen Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) „Laval/Viking/Rüffert“ gedeutet. Im Fall Viking ging es um die Herabsetzung der Löhne auf estisches Niveau durch das Ausflagen eines finnischen Schiffes nach Estland, im Fall Laval um die Beschäftigung lettischer Bauarbeitnehmer nach lettischen Arbeitsbedingungen in Schweden. In beiden Fällen hatten sich die Gewerkschaften im Sinne des Rechtes auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit unter Anwendung bzw. der Androhung von Streik gewehrt. Der EuGH räumte in seinen Urteilen jedoch der Niederlassungsfreiheit und der Dienstleistungsfreiheit Priorität gegenüber dem Streikrecht und der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit ein und erklärte die Gewerkschaftsaktionen als unvereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht. Im Fall Rüffert erklärte der EuGH in Sinne der Dienstleistungsfreiheit das Niedersächsische Vergabegesetz, das Tarifreueerklärungen verlangte, für unvereinbar mit den Vorgaben des europäischen Rechts. Diese Urteile wurden vielfach als massive, politische Angriffe auf Arbeitnehmersicherheit und Gewerkschaftsrechte durch ein „Richterrecht“ des EuGH angesehen. Das Gericht bewerte einem *neoliberalen Mainstream* folgend die Grundfreiheiten des Binnenmarktes (Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, Freier Kapital- und Zahlungsverkehr) in ihrem Verhältnis zu elementaren Arbeitnehmerrechten massiv über. (Vgl. u. a.: Blanke, Thomas 2008: Die Entscheidungen des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Rueffert – Domestizierung des Streikrechts und europaweite Nivellierung der industriellen Beziehungen. Oldenburger Studien zur Europäisierung und zur transnationalen Regulierung, Nr. 18, 2008, http://www.cetro.uni-oldenburg.de/de/download/Nr._18_jm.pdf [3.7.2011]. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2009: Das EuGH und das soziale Europa. Für eine Aufwertung sozialer Grundrechte im EU-Rechtssystem, Internationale Politikanalyse, Mai 2009, Bonn.)
- 12 Siehe hierzu die Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) „No to Austerity. Priority for Jobs and Growth!“, der mit einer Großdemonstration am 29.9.2010 in Brüssel Nachdruck verliehen wurde. Siehe auch die EGB-Demonstration „Yes to European Solidarity/Yes to Jobs and Workers’ Rights/No to Austerity“ am 17.9.2011 in Warschau und den EGB-Aktionstag am 29.2.2012 „Enough is enough. Alternatives do exist: For Employment and Social Justice“.
- Siehe auch: Kowalsky, Wolfgang; Scherrer, Peter (Hrsg.) 2011: Gewerkschaften für einen europäischen Kurswechsel. Das Ende der europäischen Gemütlichkeit, Münster. Kowalsky, Wolfgang 2012: Zielloses Europa zwischen Auseinanderdriften, Rebellion und Kurswechsel: Die Austerität frisst ihre Kinder. In: Schabedoth, Hans-Joachim; Schaaf, Peter (Hrsg.) 2012: Franz Steinkühler. Einer von uns, Marburg, S. 96–117.
- 13 Siehe zu dem Begriff der Zivilgesellschaft u.a.: Kocka, Jürgen 2001: Die Zivilgesellschaft und die Rolle der Politik. Thesen und Fragen, in: Ders.: Interventionen. Der Historiker in der öffentlichen Verantwortung, Göttingen, S. 129–139. Und: Gosewinkel, Dieter; Rucht,

durch Druckentfaltung auf die europaeinheitliche Durchsetzung von spezifischen Politiken im Sinne der Gewerkschaften verpflichtet könnte, kommt nicht hinreichend zur Geltung, um die Logik der Austeritätspolitik zu durchbrechen.¹⁴

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen europäischen Krise ist zu fragen, inwieweit es den Gewerkschaften in der Vergangenheit gelungen ist, die *Chance „Europa“* wahrzunehmen.¹⁵ Welche Möglichkeiten boten sich den Gewerkschaften in sechzig Jahren Europäischer Einigung, Arbeitnehmerinteressen in Europa

Dieter; Daele, Wolfgang von den; Kocka, Jürgen (Hrsg.) 2003: Zivilgesellschaft – national und transnational. Berlin. Insbesondere: Kaelble, Hartmut 2003: Gibt es eine Europäische Zivilgesellschaft? In: Ebenda. S. 267–284. Zur europäischen Öffentlichkeit verschiedene Beiträge in: Kaelble, Hartmut; Kirsch, Martin; Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.) 2002: Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M., New York.

- 14 Die schlechte Beteiligung an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament und die Tendenz, diese als bloße *Stimmungstests* in nationalen politischen Auseinandersetzungen zweckzuentfremden, weisen auf eine teilweise ausgeprägte Distanz der Bürger Europas gegenüber dem politischen Geschehen auf Gemeinschaftsebene und eine problematische Mobilisierungsfähigkeit im Hinblick auf die Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozesse im europäischen Rahmen hin. (Vgl. hierzu u. a.: Mittag, Jürgen 2004: Das Europäische Parlament im Legitimationsdilemma. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Nr. 9, 2004, S. 533–542.) Hierbei dürfte auch die in den meisten Medien sehr mangelhafte Berichterstattung der Journalisten über europäische Politik eine Rolle spielen, die eine dauernde Unterinformiertheit der Menschen in Europa reproduziert. Der Schriftsteller Robert Menasse formulierte jüngst in einer Polemik: „Nation‘ ist ein Abstraktum, das jeder als etwas konkretes zu verstehen glaubt, ‚EU‘ ist ein konkretes Projekt, das jeder als völlig abstrakt und abgehoben empfindet.“ (Menasse, Robert 2012: Der europäische Landbote. Wien, S. 58.) Das „politische Europa“ bleibt insgesamt fremd und damit suspekt und verdächtig, was nationalen Realpolitikern u. a. ermöglicht, positive Effekte europäischer Politiken als eigene Verdienste zu verkaufen, „Europa“ hingegen für schwierig vermittelbare und unpopuläre Entscheidungen verantwortlich zu machen. Für Europa, wie für die Nationalstaaten, dürfte jedoch auch gelten, dass das in den letzten Jahrzehnten in der Realpolitik vielfach vertretene „TINA-Prinzip“ (ein verbreitetes ironisches Apronym nach der Behauptung *„there is no alternative“*, mit der Margaret Thatcher ihrer marktradikalen, liberalistischen Politik die Anmutung einer unausweichlichen „Naturgesetzlichkeit“ gab) den Glauben an politische Steuerung, auf die man sich entlang von mehreren Alternativen demokratisch verständigt, unterminiert hat. Wenn es keine Alternativen gibt und jeder politische Akteur somit nur die *eine* „richtige“ Politik exekutieren kann und darf, ist auch gleichgültig, wer diese Politik exekutiert und es werden Wahlen ebenso wie jedes politische Engagement wertlos. Der sinnstiftende „Mythos“ (Wirsching, Andreas 2010: Stationen auf dem Weg nach Maastricht. In: Buchstab, Günter; Kleinmann, Hans-Otto; Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.) 2010: Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln, Weimar, Wien, S. 119–131.) des politischen „Europa“, als eines friedenssichernden Zusammenschlusses, verliert zugleich mit zunehmender zeitlicher Distanz zu den Schrecken des Zweiten Weltkrieges an Strahlkraft und ist allein nicht mehr ausreichend, um die Menschen Europas politisch zu mobilisieren.
- 15 Denkbar wäre schließlich auch, dass derzeit die Gewerkschaften lediglich aufgrund der temporären spezifischen stark konservativen Mehrheitsverhältnisse in Europa eine schwierige Phase der Einflussnahme erleben.

zu stärken, welche Strategien setzten sie hierbei ein und welche Erfolge erzielten sie? Oder haben sie gar die Europäisierung ihrer Strukturen verschlafen, wie manche Kritiker meinen?¹⁶ Lassen sich grundsätzliche strukturelle Parameter und strategische Handlungserfordernisse für die Gewerkschaften aus ihrer europäischen Geschichte erkennen, die ihre Einflussmöglichkeiten bestimmten?

Als ein Beitrag zur allerjüngsten Zeitgeschichtsschreibung und der europäischen Integrations- und Verbandforschung soll hierfür im Folgenden die Zusammenarbeit der Metallgewerkschaften in Europa, zunächst ab 1963 im „Europäischen Metallausschuss“, dann ab 1971 im neugegründeten „Europäischen Metallgewerkschaftsbund“ (EMB) untersucht werden. Nicht nur war der EMB einer der größten und einflussreichsten Europäischen Gewerkschaftsverbände (EGV),¹⁷ er vertrat mit der Metall- und Elektroindustrie auch *Leitindustrien* für Europa, welche Taktgeber für den technologischen und ökonomischen Fortschritt sind und in denen maßgeblich der Wohlstand Europas erwirtschaftet wird.¹⁸ Der EMB war somit ein bedeutender gewerkschaftlicher Akteur in zentralen Wirtschaftssektoren, der darüber hinaus aber auch in besonderer Weise herausgefordert war, sich den politischen und ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu stellen.

Die EMB-Gründung in den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts fällt zusammen mit dem Beginn jener Prozesse, die das gegenwärtige Verständnis von Globalisierung prägen:¹⁹ Expansion des internationalen Kapital- und Warenverkehrs, Zunahme Multinationaler Konzerne, Währungsinstabilität nach Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems, zunehmende Mobilität von Personen, Strukturwandel der Schwerindustrien, verbunden mit der Revolutionierung von Elektro-, Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien. Automatisierung

- 16 Vgl. etwa Otto Jacobi, der die These aufstellt, die Gewerkschaften hätten aus organisationalpolitischem Konservatismus, gleichwohl sie die Europäische Integration immer gutgeheißen hätten, „ihre Politik und Verbandsstruktur nicht europäisiert.“ Deshalb hätten sie die Chance verpasst, „sich als soziale Gewährsmacht im europäischen Einigungswerk zu etablieren.“ (Jacobi, Otto 2004: Europa machen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Nr. 5, 2004, S. 292.) Ungleich strenger noch urteilt Willy Buschak über die europäischen Gewerkschaften, wenn er überpointiert behauptet: „Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet wurde, blieb sie ohne gewerkschaftliche Antwort.“ (Buschak, Willy 2007: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsverbände. In: Traub-Merz, Rudolf; Schneider, Michael; Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.) 2007 (2. Aufl.): Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, S. 9.)
- 17 Die Bezeichnung der „Europäischen Gewerkschaftsverbände (EGV) für die europäischen Organisationen von Industrie- und Branchengewerkschaften etablierte sich in den neunziger Jahren, im hier betrachteten Zeitrahmen wurden sie noch „Europäische Gewerkschaftsausschüsse“ genannt.
- 18 Im Sommer 2012 vereinigte der EMB sich mit anderen Industrie-Gewerkschaftsverbänden zu IndustriAll, European trade union. Damit endete die Geschichte eines exklusiv für die Metallindustrie zuständigen EGV.
- 19 Siehe hierzu ausführlich: S. 218 ff.

und Rationalisierung veränderten die Arbeitswelt; der Einsatz von Computern führte zu einem einschneidenden Wandel der Arbeitsabläufe und -bedingungen. Rasant beschleunigt durch die Elektronische Datenverarbeitung, expandierte die internationale Finanzmarktspekulation; die „Derivat-Revolution“²⁰ setzte ein, in deren Folge der Handel mit Finanzderivaten den weltweiten Umsatz von Waren und Dienstleistungen schon bald bei weitem überstieg und innerhalb kurzer Zeit zum größten Markt überhaupt anwuchs. Vielfältige grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen machten nationale Volkswirtschaften immer stärker von Entwicklungen der Weltwirtschaft abhängig. Vom angelsächsischen Raum ausgehend,²¹ wurde zunehmend global eine als *Washington Consensus* bezeichnete Politik exekutiert, die den „freien Marktkräften“ ein möglichst ungehindertes Spiel ermöglichen sollte. Den geistigen Überbau für diese Entwicklung lieferte die Hegemonie eines ökonomisch definierten Liberalismus’ – vielfach auch als „Neoliberalismus“ bezeichnet. Anschaulich markiert wird diese aufkommende Meinungs-Dominanz durch die Vergabe des sogenannten Wirtschaftsnobelpreises an die *Galionsfigur* dieser Ideologie, Milton Friedman, im Jahr 1976.

Der EMB – der europäische Industriegewerkschaftsverband für die *alten Schwerindustrien* ebenso wie für die neuen elektronischen Technologien – musste auf all diese Entwicklungen reagieren. Als besonders herausforderungsvoll erwies sich zudem die seit dem ersten Ölpreisschock zu Beginn der siebziger Jahre krisenhafte Wirtschaftslage.²² Fragt man danach, ob der EMB als Organisation in diesem schwierigen Umfeld in der Lage war, im Sinne seiner Ziele erfolgreich zu arbeiten, muss man seine Ressourcen, seine Durchsetzungsstrategien und deren Wirkung – seine Macht – untersuchen. Nach einer kurzen Darlegung des Forschungsstandes zum EMB und einer Beschreibung der Quellenlage werden im Folgenden daher einige begriffliche Grundüberlegungen für eine Analyse der Arbeit des EMB angestellt, die zum einen seine Geltung und Wirkungsmacht als eine „*Gewerkschaftsorganisation*“, zum anderen seinen Status als „*transnationale*“ Gewerkschaftsorganisation betreffen, die nach anderen Kriterien zu beurteilen ist, als nationale Gewerkschaften. Die in diesen beiden Kapiteln – unter Rückgriff auf Theorien der Organisationssoziologie und Politikwissenschaft²³ – entwickel-

20 Vgl.: Vogl, Joseph 2010: Das Gespenst des Kapitals. Zürich, S. 90.

21 Eine zentrale Rolle nahm hierbei die „Chicagoer Schule“ der Wirtschaftswissenschaft ein: Von dieser her streute die „neue“ Lehre in die Welt aus – siehe etwa die sogenannten „Chicago Boys“.

22 Siehe zur pointierten Beschreibung des hier geschilderten gesellschaftlichen Wandels den Essay: Doering-Manteuffel, Anselm; Raphael, Lutz 2008: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.

23 Jüngst stellten Rüdiger Graf und Kim Christian Priemel die Legitimität der Verwendung von Theorien der Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaft für die Zeitgeschichtsforschung radikal in Frage. (Graf, Rüdiger; Priemel, Kim Christian: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 59. Jg., Heft 4, 2011, S. 479–509.) Aufgabe der Zeitgeschichtsforschungen sei es, zeitgebundene sozialwissenschaftliche Ansätze durch Historisierung zu dekonstruieren, anstatt auf diese me-

ten Termini sind keine historischen Begriffe, die unmittelbar aus den Quellen gewonnen wurden, sondern sie sollen als analytische Verständnishilfe der Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes dienen. Es soll mit diesen kein dogmatisches Raster angelegt werden, sondern empirisch gewonnene Erkenntnisse – im Sinne des *Idealtypus*’ Max Webers – entlang von analytischen Polaritäten verortet werden. Die Begriffe sind nicht Teil der Darstellung – „res factae“ –, sondern der einordnenden Historisierung, der Interpretation. Die Entwicklung dieses Vokabulars soll nicht schematisch den empirischen Gehalt der Forschung überdecken. Ziel ist es, eine angemessene Sprache zur Charakterisierung organisationeller Wirkungsmacht von Gewerkschaften zu entwickeln und anschließend für einen historischen Ansatz nutzbar werden lassen.

Diese Arbeit entstand im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojektes zum EMB an der Arbeitsstelle für Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik beim Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Professor Siegfried Mielke und der Betreuung durch die Professoren Peter Massing und Jürgen Kocka. Als Dissertation wurde diese Arbeit am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin von Professor Hartmut Kaelble betreut. Es soll hier historisch zur Geschichte des EMB bis zum Jahr 1990 gearbeitet werden. Eine Analyse der Entwicklung des EMB nach 1990 übernahm im Forschungsprojekt der Politikwissenschaftler Klaus Henning.

thodisch zurückzugreifen. Zurecht weisen Bernhard Dietz und Christopher Neumaier jedoch darauf hin, dass Graf und Priemel die selbstkritischen Methodendiskurse der genannten „Partnerwissenschaften“ ebenso ignorieren, wie sie den Konstruktionscharakter, dem die Geschichtswissenschaft selbst unterliegt, unterschätzen. (Dietz, Bernhard; Neumaier, Christopher: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 60. Jg., Heft 2, 2012, S. 293–304.) Wenn auch hier Theorien der benachbarten Sozialwissenschaften herangezogen werden, geschieht dieses aus der Überzeugung, dass diese – gegebenenfalls modifiziert und angepasst – „zur Strukturierung des Gegenstandes, zu seiner Abgrenzung, zur Verknüpfung von Teilaspekten und wohl auch zur Erklärung“ hilfreich sein können. (Kocka, Jürgen 1989: Zurück zur Erzählung? In: Ders. 1989: Geschichte und Aufklärung. Göttingen, S. 13.) Gerade die Politikwissenschaft hat eine große Zahl von Forschungen zur Europäischen Integration hervorgebracht, die von der Geschichtswissenschaft bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurden: „Lange Zeit fand wenig Austausch über die disziplinären Grenzen hinweg statt, und die Historiker sahen ihre Rolle primär darin, empirisch exakter jene Gegenstände zu untersuchen, denen sich zuvor bereits Politikwissenschaftler [...] gewidmet hatten – ohne jedoch in einen kritisch-fruchtbaren Dialog mit deren Methoden und Konzepten zu treten.“ (Patel, Kiran, Klaus 2010: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte. Nr. 50, 2010, S. 607.) Siehe in diesem Zusammenhang auch den Aufsatz: Warleigh-Lack, Alex: Interdisciplinarity in research on the EU. Politics, history and prospects for collaboration, in: Kaiser, Wolfram; Leucht, Brigitte; Rasmussen, Morten 2009: The History of the European Union. Orgins of a trans- and supranational polity 1950–72, New York, London, S. 206–220.

Das Jahr 1990 schien im Projekt in mehrfacher Hinsicht eine schlüssige Zäsur zwischen geschichtswissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Forschung zum EMB. Die „Wende“ in Mittel- und Osteuropa führte zur *Wiedervereinigung* Europas – die Bipolarität zweier durch den *Eisernen Vorhang* getrennter Systeme in Europa wurde überwunden. Die Ausweitung der Europäischen Einigung in Richtung der ost- und mitteleuropäischen Nationen stellte die Gemeinschaft und deren Gewerkschaften vor ganz neue Chancen und Probleme. Ebenfalls einschneidend veränderte der Beschluss über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die folgende Einführung des Euro die Beschaffenheit Europas. Der Maastricht-Vertrag mit dem Protokoll über die Sozialpolitik stellte zu Beginn der neunziger Jahre den Einigungsprozess auf eine neue Grundlage. Die europäische Sozialpolitik wurde ausgebaut. Die Tätigkeit der Europäischen Gewerkschaften wandelte sich stark und neue Aufgaben mussten bewältigt werden – zu nennen wären hier unter anderem die Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte (EBR),²⁴ die Beteiligung der Arbeitnehmer in der *Societas Europaea* (SE),²⁵ Kompetenzausbau und die stärkere Institutionalisierung des Europäischen Sozialdialogs der *Sozialpartner*.²⁶ Diese Entwicklungen nach 1990 sind immer noch aktuelle, nicht abgeschlossene Herausforderungen im Rahmen der Europäischen Einigung. In dieser dynamischen Gegenwartsentwicklung findet das Instrumentarium der Politikwissenschaft seinen Gegenstand.²⁷

- 24 Im Dezember 1990 legte die Kommission hierzu den ersten Richtlinienentwurf („Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Einsetzung Europäischer Betriebsräte zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“) vor. (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft. Nr. C 39, 15.2.1991, S. 10–15.) 1994 wurde die EBR-Richtlinie dann verabschiedet. Siehe hierzu u. a. (in diesem Band teilweise ergänzt um Versuche und Möglichkeiten globaler Arbeitnehmerinteressenvertretungen): Müller, Torsten; Platzer, Hans-Wolfgang; Rüb, Stefan 2004: Globale Arbeitsbeziehungen in globalen Konzernen? Zur Transnationalisierung betrieblicher und gewerkschaftlicher Politik, eine vergleichende Fallstudie, Wiesbaden.
- 25 Siehe hierzu u. a. Köstler, Roland; Zachert, Roland; Müller, Matthias 2006 (8. Aufl.): Aufsichtsratspraxis. Handbuch für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Frankfurt a. M., S. 64–68.
- 26 Siehe hierzu u. a.: Dølvik, Jon Erik 1997: Redrawing Boundaries of Solidarity? ETUC, social dialogue and the Europeanisation of trade unions in the 1990s. Oslo.
- 27 Aber auch erste Vorstöße der zeitgeschichtshistorischen Forschung in Richtung einer europäischen Geschichte nach 1990 sind bereits beobachtbar. Siehe etwa: Wirsching, Andreas 2012: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München.

2. FORSCHUNGSSTAND

Gewerkschaftsgeschichte ist in den letzten Jahrzehnten ein erstaunlich vernachlässigtes Feld der geschichtswissenschaftlichen Forschung.²⁸ Namentlich auch in der deutschen Forschungslandschaft werden Darstellungen zur Organisationsgeschichte der Gewerkschaften – meist als Festschriften zu runden Jubiläen – häufig durch diese selbst in Auftrag gegeben.²⁹ Es existieren kaum Biographien über be-

28 Wichtige Institutionen, die sich gegen den Trend um einen Fortschritt in der Geschichtsschreibung zu den Gewerkschaften bemühten, waren und sind in Deutschland das Institut für soziale Bewegungen (ISB), Bochum und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn. Deren Verdienste sind mit den Namen des langjährigen Leiters des Archivs der sozialen Demokratie der FES, Michael Schneider, und des 2011 verstorbenen Direktors des ISB, Klaus Tenfelde, verbunden. Die FES und die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) organisieren gemeinsam seit kurzem sehr erfolgreich Netzwerke für Gewerkschaftsforschung, was u. a. zu einer Reihe elaborierter Tagungen führte.

Vor allem Siegfried Mielke und wechselnden Mitstreitern an der Arbeitsstelle für Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin ist zu verdanken, dass mit einer Reihe von Veröffentlichungen der große Beitrag von Gewerkschaftern zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus angemessener gewürdigt wird.

Einen herausragend bedeutenden Beitrag zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften stellt seit 1985 fortlaufend die inzwischen auf fünfzehn Bände angewachsene Edition der „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“ dar.

29 Vor allem gilt dieses für Literatur über die Einzelgewerkschaften. Diese historischen Rückblicke der Verbandsgeschichtsschreibung haben, in der Regel als Jubiläumsbände, sehr unterschiedliche Ansprüche im Bezug auf ihre Wissenschaftlichkeit. Vgl. u. a. (auch Arbeiten älteren Datums): Karl Lauschke 2009: "Zusammenhalten und gestalten". Von der traditionellen Beamtenorganisation zur streitbaren Gewerkschaft: Die Deutsche Postgewerkschaft bis zur Bildung von ver.di, Hamburg. Schneider, Dieter 1990: ... damit das Elend ein Ende hat. Hundert Jahre Zentralorganisation der Hafendarbeiter, Stuttgart. Furtwängler, Franz Joseph 1964 (4. Aufl.): ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart. Zimmermann, Rüdiger; Nachtmann, Walter 1996: 100 Jahre ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihre Vorläuferorganisation. Biographien, Geschichte, 2 Bände, Frankfurt a. M. Opel, Fritz; Schneider, Dieter 1966: Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt a. M. Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) 1987 (2. Aufl.): Kampf um soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Demokratie und Frieden. Die Geschichte der Industriegewerkschaft Metall seit 1945, ein Bericht in Wort und Bild, Köln. Mahlau, Werner; Dörr, Willi; Priegnitz, Klaus u. a. 1991: 100 Jahre GTB. Düsseldorf. Anders, Karl 1969: Stein auf Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften 1869 bis 1969. Frankfurt a.M., Wien. Zürich. Buschak, Willy 1985: Von Menschen, die wie Menschen leben wollten. Die Geschichte der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und ihrer Vorläufer, Köln. Ähnliches existiert für regionale Gliederungen siehe u. a.: Klönne, Arno; Otto, Karl A; Wollenberg, Jörg u. a. 2004: Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle! Vom Ortsverein Bielefeld des Deutschen Buchdruckerverbandes zur Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Hamburg. Für die Dachverbandsebene siehe u. a. Schuster, Dieter 1976 (5. Aufl.): Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Düsseldorf. Siehe auch das aus dem Zusammenhang ge-